

## Die Rifkin-Blase

LAURENT SCHMIT

„Der Traum eines nachhaltigen Luxemburg droht, mit einem leisen Plopp zu platzen.“

Alles ist Rifkin: Vom Abfallwirtschaftsplan bis zum Supercomputer – auf möglichst viele Vorhaben kleben Minister das Etikett „dritte industrielle Revolution“. Der US-Ökonom Jeremy Rifkin ist zum Zukunftspostel Luxemburgs avanciert. Und genau das wollte Wirtschaftsminister Schneider erreichen, als er vor zwei Jahren einen 425 000 Euro teuren Bericht bestellte: ein Gesicht und eine Story, mit denen sich die Dreierkoalition als Zukunftsgestalter inszenieren kann.

Doch inzwischen zeigt diese Strategie ihre Schwächen, denn die Beteiligten wollen immer neue Themen diskutieren. Der Rifkin-Prozess ist mittlerweile derart aufgebläht, dass die Parlaments-

debatte an diesem Donnerstag keinen Durchbruch bringen wird. Der Traum eines nachhaltigen Luxemburg droht, mit einem leisen Plopp zu platzen.

Dabei war und ist der Aufwand gewaltig: 350 Experten aus Verwaltungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft haben in unzähligen Arbeitssitzungen die Ideen Rifkins weitergesponnen. Parlamentskommissionen bildeten sich in den vergangenen Monaten ihre Meinung. Und es gelang, Menschen zusammenzubringen, die sich sonst allzu gerne ignorieren – etwa Unternehmenschefs und Umweltschützer. Sie diskutierten im Rifkin-Prozess gemeinsam über die Zukunft.

Die Ideen der Teilnehmer sind jedoch nicht sehr gefragt. Luxemburg sei bereits sehr weit – etwa bei den intelligenten Stromzählern und den Aufladestationen für Elektroautos, sagte Schneider 2015. Die Projekte, die heute im Parlament vorgestellt werden,

sind lange geplante Vorhaben. Um die Infrastruktur fit für Digitalisierung, erneuerbare Energien und Elektroautos zu machen, hätte es keinen Rifkin-Bericht gebraucht.

Die Umsetzung der konkreten Projekte wird jedoch allmählich überlagert von einer Debatte über die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung. Dabei geht es um die Jobs, die durch die Automatisierung verloren gehen, und darum wie die Mietplattform Airbnb und der Fahrdienstleister Uber das Arbeits- und Wettbewerbsrecht untergraben. Nun hat sich der Wirtschafts- und Sozialrat des Arbeitnehmers- und Handelskammer haben eine Studie in Auftrag gegeben, die untersucht, wie sich die Arbeitswelt verändern wird.

Der Rifkin-Prozess ist hingegen der falsche Ort für diese gesellschaftlichen Fragen, da sie kurzfristig nicht zu lösen sind. Anders die technischen Vorhaben: Mit dem Bau von Solaranlagen könnten Staat und Unternehmen bereits heute beginnen. Das ist dringend nötig, denn 2016 produ-

zierte Luxemburg magere sieben Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen wie etwa Sonne und Wind. 2050 sollen es 100 Prozent sein, fordert Rifkin.

Seit einem Jahr liegt sein Bericht auf dem Tisch. Nun gilt es von Allgemeinplätzen weg zu kommen und konkret zu werden. Dazu braucht es einen Ruck von allen Beteiligten: Die Minister sollten in Rifkin mehr sehen als eine Möglichkeit zur Eigenwerbung. Wirtschaftsvertreter müssen ihre Zweifel an Zielen wie 100 Prozent Elektroautos oder Biolebensmitteln überwinden. Die Vertreter der Zivilgesellschaft sollten einsehen, dass man Mut für kleine Projekte braucht, um die große Debatte voranzutreiben.

Den Koalitionsparteien läuft die Zeit davon. Die Frage ist, ob es der Regierung gelingt, noch vor den Wahlen Fakten zu schaffen. Sonst bleibt nur: Gut, dass wir drüber gesprochen haben.  
laurent.schmit@wort.lu